Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9138**

14. Wahlperiode 17. 05. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Maritta Böttcher, Dr. Heinrich Fink, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/7425 –

Weltoffenheit als Chance für die Hochschulen

A. Problem

Um die Internationalität von Forschung, Lehre und Studium in der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen und einen umfassenden internationalen Austausch von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt und damit einen erleichterten Zugang von Studierenden aus dem Ausland zu den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten, wird die Bundesregierung aufgefordert, die einschlägigen Gesetze und Verwaltungsvorschriften so zu ändern, dass ein Studium in Deutschland für Studierende bzw. die Tätigkeit ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Hochschulen in Deutschland attraktiver wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7425 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2002

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende/
Berichterstatterin

Dr. Peter Eckardt
Berichterstatter

Thomas Rachel
Berichterstatter

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Maritta Böttcher
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten und Dr. Peter Eckardt, Thomas Rachel, Dr. Reinhard Loske, Ulrike Flach und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 230. Sitzung am 18. April 2002 den Antrag – Drucksache 14/7425 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Hochschulen und Wissenschaft sind ohne die Internationalität von Forschung, Lehre und Studium nicht denkbar. Voraussetzung dafür ist ein umfassender internationaler Austausch von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt und damit ein erleichterter Zugang aus dem Ausland zu den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Bislang ist der internationale Charakter der deutschen Hochschulen erst unzureichend ausgeprägt, weil das Studium in Deutschland für Studierende aus dem Ausland – vor allem aus dem Nicht-EU-Ausland – nicht attraktiv genug ist. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, dies durch Änderungen von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zu verbessern; dazu gehören insbesondere die Vorschriften des Ausländerrechts, die dahin gehend reformiert werden sollen, dass allen, die an einer Hochschule in Deutschland ein Studium für eine wissenschaftliche Qualifikation oder eine Forschungs- oder Lehrtätigkeit aufnehmen möchten, ein individueller Rechtsanspruch auf Einwanderung zu geben ist, der Finanzierungsnachweis als Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Studierende abzuschaffen ist, allen ausländischen Studierenden die Erwerbstätigkeit im Rahmen des für Inländer üblichen Umfangs zu gestatten ist und nach Abschluss des Studiums oder der Qualifikation eine Aufenthaltserlaubnis für weitere drei Jahre zum Sammeln von Berufserfahrung zu erteilen ist. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Ausland, die ein Beschäftigungsverhältnis an einer deutschen Hochschule nachweisen können, ist ein Rechtsanspruch auf Einwanderung und eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu geben. Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch soll dahin gehend geändert werden, dass die Diskriminierungen von Nicht-EU-Ausländern aufgehoben werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Hochschulrahmengesetz so zu ändern, dass es die Anerkennung von im Ausland erbrachten Hochschulzugangsberechtigungen sowie Studien- und Prüfungsleistungen gewährleistet, die institutionelle Verankerung von Ausländerbeauftragten an den Hochschulen vorsieht und die Berufung und Bewerbung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Ausland erleichtert. Die Bundesregierung soll außerdem einen Gesetzentwurf für eine Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vorlegen, der ausländische Studierende mit deutschen gleichstellt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Enthaltung einer Stimme der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 den Antrag beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und die vorgenannte Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der PDS verabschiedet.

Berlin, den 15. Mai 2002

Dr. Peter Eckardt	**Thomas Rachel**	**Dr. Reinhard Loske**	**Ulrike Flach**	**Maritta Böttcher**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333